

Abonnement für Stettin kostet 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierthalblich 2 Mark,  
mit Landkristallträgerlohn 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die abgedruckte Zeitung 15 Pfennige.

Redaktion, Druck und Verlag von A. Graumann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr  
Stettin, Kneipplatz Nr. 3.

# Stettiner



# Beitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 21. März 1882.

Nr. 136.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneut zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir fogleich die Stärke der Auslage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den gewöhnlich so interessanten Kammerberichten, aus den lokalen und provincialen Begebenissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin in der **Expedition monatlich 50 Pfennige**, mit Bringerlohn 70 Pf.

**Die Redaktion.**

Zum 22. März 1882.

Wenn es noch irgend welchen Zeugnisses bedürfte für die wahrhafte Liebe und Verehrung, welche unser ganzes Volk, von dem Vornehmsten bis zum Geringsten, von dem Reichsten bis zum Armutsten seinem greisen Herrscher entgegenbringt, so könnte als ein solches Zeugniß, wie es völkliger und unabstreitbar nicht gedacht werden kann, die Art und Weise gelten, in welcher Deutschland den Geburtstag seines Kaisers feiert. Vom liebestränkten Bodensee bis zu Schleswig-Holsteins wogenrauschen Küsten, von den ostpreußischen Wäldern bis zu den rebenumhüllungen Ufern des Rheins und der Mosel ein Fahnensturm, ein Jubel, ein Dank an die Vorsehung, die uns das heure Leben bis jetzt erhalten!

Da ist keine künstlich erzeugte Begeisterung, da sind keine gefälschten Blatträuber auf den Straßen, wie andere Staaten uns dies in so trauriger Weise zeigten; nein, aus jedem Auge leuchtet die wahre, edle Liebe zu unserem erhabenen Monarchen hervor und aus tiefstem Herzensgrunde dringt überall der Ruf: „Gott segne den Kaiser!“

Und welchen Deutschen sollte nicht das Herz von stolzer Begeisterung schwelen, wenn er bedenkt, was Deutschland zur Zeit des Regierungs-Antritts Kaiser Wilhelms war und was es unter seiner Leitung seitdem geworden ist! Damals nur ein „geographischer Begriff“, eine Masse von Ländern und Ländchen, großenteils regiert von Fürsten, die in kleinerlicher Eifersucht jeder ein Empoistreben des Anderen zu hindern suchten, die nominelle Vertretung des Ganzen, der Bundestag, träge in seinen Entschlüssen, träger noch in der Ausführung derselben, seine Stimme ohne jedes Gewicht im Rathe der Mächte Europas, weil ihr kein Nachdruck verliehen werden konnte, dieser Bundesrat, verpottet und veracht von den Diplomaten aller übrigen Staaten, ja von denen seines eigenen Landes, nie eine selbstständige Politik treibend, sondern ängstlich auf die Stimme des Mannes an der Seine horchend und seinen Weisungen folgend, an der Spitze des Bundesrates Österreich, das, selbst unfähig, eine Bescherung dieser grundfaulen Zustände herbeizuführen, dem einzigen Staate, der hierzu im Stande war, Preußen, den Ruhm dieses Werkes nicht gönnen und auf jede Art und Weise bemüht war, dem emporstrebenden Preußenar die Schwingen zu lämmen — das war Deutschland damals!

Erstarkung im Innern — das war die Parole, die Preußens neuer Herrscher nach seiner Thronbesteigung am 2. Januar 1861 ausgab. Er sorgte aber auch mit Hohenzollern-Energie dafür, daß diese Parole nicht ein leeres Wort blieb, sondern wirklich befolgt wurde. Mit scharfem Blick wußte er die geeigneten Männer herauszufinden für die schwierigen Aufgaben, die zu lösen waren und wer sich bewährt hatte, der durfte sicher sein, daß Liebe, wie sie selten ein Herrscher gewußt, blickt es

des Königs mächtiger Arm ihn hielt allen den Intrigen gegenüber, welche so oft die Stellung des Diplomaten untergraben, allen den offenen Angriffen gegenüber, welchen schwächeren Monarchen nachgegeben hätten. So nahte, nachdem im Jahre 1864 die stammverwandten Herzogthümer Schleswig-Holstein nach blutigen Kämpfen dem dänischen Joch entrissen worden waren, die Krise des Jahres 1866. Österreich glaubte, die Zeit sei gekommen, Preußen durch eine tiefe Demütigung dauernd auf die Stufe des zweiten Staates Deutschlands herabzudrücken. Die durch die italienischen Feldzüge triegesfahrene österreichischen Generale, die kriegsgeübten österreichischen Soldaten würden, so wöhnte man in Wien, mit leichter Mühe Preußen erobern. In Preußen fürchtete man sich nicht; man sah ein, daß eine solche Entscheidung kommen müsse, daß, da der Knoten sich nicht lösen ließ, nichts anderes übrig blieb, als ihn mit dem Schwerte zu zerhauen.

Die Wissel fielen. So tapfer sich auch die Österreicher schlugen, gegen die Überlegenheit der preußischen Heeresführung, der preußischen Schußwaffe und der preußischen Intelligenz vermochten sie nichts auszurichten: sie wurden geschlagen und vor den Thoren Wiens der Friede geschlossen. Damals begriff Mancher nicht, warum Preußens König Österreich nur so außerordentlich milde Bedingungen auferlegte. Jetzt, wo Österreich unter treuer Bundesgenosse ist, begreift man es. Der König und seine Minister hatten die Zukunft im Auge gehabt.

Vier Jahre der Ruhe — und ein neues, noch gewaltigeres Ringen! Deutschlands alter Feind, Frankreich, sah schon lange mit neidischen Blicken auf dessen wachsende Macht, Napoleon III. fühlte seinen Thron wanken, er wußte, daß nur ein siegreicher Krieg diesem neuen Festigkeit verleihen könnte. Er spießte va banque — und verlor! Ohne einen Augenblick zu zögern, stellten die süddeutschen Fürsten ihre Krieger unter den Befehl des greisen Preußenkönigs und schlußverleugnend, wie kaum je zuvor, trugen nach den glänzenden Siegen der vereinten deutschen Heere diese Fürsten, die bis dahin auf Erden Niemand über sich gehabt, dem siegreichen Preußenkönig die Herrscherkrone Gesamt-Deutschlands an. Glorreicher Augenblick, da am 16. Januar 1871 im Residenzschloß der französischen Herrscher der ruhmbekränzte greise Heldenkönig die deutsche Kaiserkrone auf sein Haupt setzte, umgeben von den Fürsten Deutschlands und seinen siegeskundigen Heerführern. Das war der Schlüssstein zum stolzen Bau der Einigung Deutschlands; erreicht war das Ziel, das Deutschlands beste Söhne so lange, so schmerzlich ersehnt, vorbei war sie, die kriegerlose, die schreckliche Zeit, ausgelöscht die Schmach der langen Ohnmacht Deutschlands! Von diesem Augenblicke an nimmt Deutschland die ihm nach seiner Lage im Herzen Europas und der exponierten Kraft seiner Waffen gebührende erste Stelle in Europa ein, mächtig erlingt seine Stimme im Rathe der Völker und bis weit in unzivilisierte Länder hinein ist der Ruf Deutschlands und seines Heldenkaisers gedrunken. Das ist Deutschland jetzt!

Und trotz der 85 Jahre, die über das Haupt unseres gelebten Kaisers dahin gezogen sind, ist seine hohe Heldenqual noch ungebeugt, klar sein Blick und hell sein Geist. Ein Beispiel strengster Pflichterfüllung für jeden seiner Untertanen, reist der greise Monarch von Ort zu Ort, wo seine Gegenwart erforderlich ist, woht hier einer Truppenbesichtigung bei, mit Jünglingsfrische Stundenlang zu Pferde stand, empfängt dort huldreich Deputationen, Keinem, auch dem Geringsten seiner Untertanen nicht, sein Ohr verweigert, und arbeitet dann wieder, oft bis der Abend hereinbricht, mit seinen Ministern oder den Chefs der verschiedenen Kabinets, wie stets eingedenkt des Auspruches seines großen Ahnherrn Friedrich II., daß der Fürst nur der erste Diener des Staates sei, unablässig bedacht auf des Vaterlandes Wohl und Gedanken.

Und einen solchen Kaiser sollte sein Volk nicht lieben und verehren? Wahrscheinlich, der müßte keinen Funken von Gefühl für seines Vaterlandes Ruhm und Ehre in der Brust tragen, der nicht dankenswert mit aufrichtiger Liebe und Verehrung zu dem greisen Herrscher aufblickte, der so Großes durchgeführt. Das Volk der Deutschen aber erkennt gern und willig seine Verdienste, seine Gräfe an; mit einer Liebe, wie sie selten ein Herrscher gewußt, blickt es

empor zu dem Throne, dessen Erde Kaiser Wilhelm ist und wenn heute die Glocken läuten, die Fahnen und Flaggen flattern, und die Festmusik erschallt, dann dringt aus Millionen Herzen der tiefsinnige Wunsch:

Gott erhalte, Gott segne den Kaiser!

## Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus

38. Sitzung vom 20. März

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 10 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Am Ministerialen: von Gosler und mehrere Kommissarien.

## Lageordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultus-sets.

Die Berathung beginnt bei dem an die Budgetkommission zurückgewiesenen Kapitel 120 (Gymnasien und Realschulen) Titel 2 (Zuschüsse für die vom Staate zu unterhaltenden Anstalten und Fonds).

Abg. Dr. Franz hatte die Erhöhung des Zuschusses für das Gymnasium in Groß-Strehlitz um 3000 M. beantragt, die Budgetkommission die Ablehnung dieses Antrages und unveränderte Bewilligung dieses Titels empfohlen.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Dr. Franz abgelehnt, Titel 2 dagegen unverändert bewilligt.

Zu Titel 4 desselben Kapitels beantragen 1) die Abg. Kieschke und Bachem: Für das Gymnasium zu Schweidnitz 9000 M. Zuschuß zu bewilligen; 2) Abg. Dr. Lieber: Den Bedürfniszuschuß als Staatsfond für das Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Montabaur gleichfalls um 3000 M. zu erhöhen.

Die Budgetkommission schlägt vor: Den Antrag ad 1 anzunehmen, den Antrag 2 dagegen abzulehnen.

Abg. Dr. Lieber stellt sich über das Verfahren der Budgetkommission, welche die Antragsteller, die zur Begründung ihrer Anträge erschienen waren, nicht als vollberechtigt anerkannt habe. Er spricht seine Bewunderung darüber aus, daß die Budgetkommission seinem Antrage keine Berücksichtigung habe zu Theil werden lassen, obwohl das Bedürfnis für einen solchen Zuschuß nachgewiesen sei. Der Zuschuß sei eine Lebensfrage für das dortige Gymnasium und er bitte deshalb, wenigstens dem Antrage zuzustimmen und die Regierung aufzufordern, den Zuschuß im nächsten Jahre in den Etat einzustellen.

Abg. v. Wendt hält sich als Vorsitzender der Budgetkommission verpflichtet, dieselbe gegen diese unbegründeten Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Die Kommission sei mit großer Liberalität gegen Dr. Lieber verfahren, habe ihn maximal gehört und als dann seinen Antrag einstimmig abgelehnt.

Abg. Graf Limburg-Stirum erklärt, daß er dem Abg. Dr. Lieber nach seiner ganzen Persönlichkeit eine unbefangene Beurtheilung der Wiedergabe der sachlichen Verhältnisse nicht zutraue.

(Lebhafte Widersprüche im Zentrum.) Nachdem Herr Dr. Lieber seinen Anstand genommen habe, einen außerhalb des Hauses stehenden Beamten zu insulieren und sich alsdann hinter die Unvergleichlichkeit des Abgeordneten zurückzuziehen, könne er nicht mehr auf Vertreuen Anspruch machen und könne in seinen Ausführungen keine unbefangene Anschauung der Dinge erkannt werden. (Lebhafte Widersprüche im Zentrum und links, Zustimmung rechts.)

Abg. Bachem: Er könne eine Logik in den Ausführungen des Vorendners und seinen Schlussfolgerungen nicht finden, da Dr. Lieber hier rein sachliche Angaben gemacht habe, deren Glaubwürdigkeit unzweifelhaft sei. Wie man die Handlungweise des Abg. Lieber dem Landrat v. Rundel gegenüber zu einem derartigen Vorwurf gegen den Abgeordneten machen könne, sei ihm unverständlich. Wenn Dr. Lieber die Forderung des Landrats zum Duell abgelehnt habe, so habe er seiner Gewissenspflicht gehorcht und habe die Gesetze des Landes geachtet. Diese Handlungweise so zu qualifizieren, wie Graf Limburg-Stirum es gethan, sei unerhört. (Zustimmung im Zentrum und links.)

Wenn ein Beamter ohne jede Noth Militär requirierte und in einer friedlichen Gemeinde die Kirchhüren mit der Art einschlagen lasse, so müsse er sich auch schärfere Angriffe gefallen lassen. (Witsall im Zentrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum erwidert, daß er dem Dr. Lieber daraus, daß er die Gesetze des Landes nicht habe verleben wollen, keinen Vorwurf gemacht habe, sondern nur daraus, daß er gestützt auf seine Unvergleichlichkeit als Abgeordneter, einen Beamten bei Gelegenheit einer vielleicht berechtigten Beschwerde insultirt habe. Herr Dr. Lieber habe dem Landrat v. Rundel den Vorwurf der Freigheit gemacht, das sei eine schwere Beleidigung, welche Herr Dr. Lieber ebenso öffentlich hätte zurücknehmen müssen, wie er sie öffentlich gethan habe. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Lieber erklärt, daß er sich keine schwerere Beleidigung denken könne, als wenn ein Abgeordneter in diesem Hause des öffentlichen Vertrauens für unwürdig erklärt werde; Graf Limburg-Stirum hätte sich wohl überlegen sollen, ob er sich mit so schweren Inhalten gegen einen Abgeordneten wenden durfe. Da die Sache nun aber hier zur Sprache gebracht worden, so sehe er sich genötigt, den Hergang der Angelegenheit vor dem Hause darzulegen. Noch ehe seine Ausführungen in der bekannten Rheinbrohler Angelegenheit im stenographischen Bericht vorgelegen haben, sei ihm (Redner) durch einen Kollegen die Forderung des Landrats v. Rundel auf Pistolen zugestellt worden. Er habe darauf geantwortet, daß er nicht glaube, den Landrat v. Rundel beleidigt zu haben, daß es wenigstens nicht in seiner Absicht gelegen habe, demselben den Vorwurf der Freigheit zu machen, und er habe dabei zugleich erklärt, daß er nicht darauf eingehen könne, selbst wenn er eine Beleidigung ansprochen hätte, dieselbe durch ein Duell zu führen. (Sehr richtig!) Er habe sich dabei an den berühmten Fall Bismarck-Birckow erinnert und wolle nicht den Anfang machen, sich wegen einer parlamentarischen Neuherfung außerhalb des Hauses zur Rechenschaft ziehen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Weder der Minister habe den Landrat damals in Schuß genommen, noch habe der Präsident Veranlassung zu einer Rüge gefunden, und damit sei für ihn die Sache erledigt gewesen. Endlich aber habe er darauf verwiesen, daß die Gebote seiner Kirche ihm verbieten, Beleidigungen durch das Duell zu führen. Demnächst sei ihm der Ausspruch des Ehrenrats des Landwehr-Bezirks-Kommandos mitgetheilt worden und habe er darauf erklärt, daß er dessen Autorität nicht anerkennen könne. (Lärm rechts.) Der Brief, den er demnächst in dieser Angelegenheit an den Kartellträger des Landrats von Rundel gerichtet habe, sei ohne sein Zuthun in die Presse gelangt. Nun habe Graf Limburg-Stirum ihm den Vorwurf gemacht, daß er den Angriff nicht in derselben Weise zurückgenommen, wie er erfolgt sei. Darauf erwidert er: er habe dies in loyaler Rücksicht auf einen Beamten nicht gethan, der sich einer Übertretung des Gesetzes schuldig gemacht, und um den Landrat v. Rundel nicht als Herausforderer zum Duell auf Pistolen im stenographischen Bericht festzunageln. Wenn die Sache jetzt hier zur Sprache gekommen, so sei dies nicht seine Schuld.

Abg. Kieschke kann nur sein Bedauern darüber aussprechen, daß eine Angelegenheit hier zur Sprache gebracht worden sei, welche auf dem zartenen Wege hätte erledigt werden müssen. Redner will deshalb nicht weiter auf die Sache eingehen, konstatiert aber ausdrücklich, daß die Forderung des Landrats v. Rundel nicht auf Grund eines Berichtsberichts erfolgt sei.

Abg. v. Schorlemmer-Alst erklärt, daß nur durch die Schuld des Grafen Limburg-Stirum die Angelegenheit hier zur Sprache gekommen sei. Er gehe auf die Sache nicht ein, sondern verweise darauf, daß der Beleidigte sich mit der Erklärung des Dr. Lieber zufrieden erklärt habe. (Ruf rechts: Nein!) Charakteristisch sei es, daß sofort, nachdem Graf Limburg-Stirum den schweren Vorwurf gegen Dr. Lieber ausgesprochen, die rechte Seite des Hauses für den Schluß der Diskussion gestimmt habe. (Sehr richtig!)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Wenn jemand das Duell verwirft, so könne er dies genau anerkennen; wenn er aber auf diesem Standpunkt stehe, so dürfe er andere, außerhalb des Parlaments stehende Personen nicht beleidigen. Wenn er das dennoch thue, so begehe er eine Handlung, für welche ihm (Redner) die parlamentarische Bezeichnung fehle. (Witsall rechts.)

Die Diskussion wird zunehmend geschlossen, der Antrag Dr. Lieber abgelehnt, der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Zu Titel 5 desselben Kapitels liegt folgender Antrag des Abg. Schmidt (Stettin) vor: „1) Bei der Bewilligung von Zuschüssen an städtische und städtische höhere Lehranstalten aus Kapitel 120 Tit. 5 von dem Nachweise, daß die lokalen Beziehungen, insbesondere die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in den betreffenden Städten die Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses an die Lehrer der Anstalten notwendig machen, abzusehen. Die Frage, ob die betreffenden Kommunen in der Lage sind, die zu Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses erforderlichen Mittel durch Erhöhung der Schulgelder an der betreffenden Anstalt oder auf andere Weise ganz oder zum Theil aufzubringen, bleibt hierdurch unberührt; 2) noch im Laufe des Etatsjahres 1882/83 den vorhandenen Bestand des qu. Fonds zunächst unter Gymnasien und Realschulen erster Ordnung zur Vertheilung zu bringen; 3) die Wiederergänzung des gebrochenen Fonds um die durch den Staatshaushaltsetat pro 1879/80 abgefeierten Beiträge von 66,000 Mark durch den Staatshaushaltsetat des Jahres 1883/84 herbeizuführen.“

Die Budgetkommission empfiehlt die Annahme der Nr. 1 und Ablehnung der Nr. 2 und 3 dieses Antrages.

Bei Reg.-Komm. Geh. Rath Schulz ersucht, den Antrag Schmidt abzulehnen.

Abg. Schmidt (Stettin): Wenn ich verlange, es solle noch im Laufe des Etatsjahrs der vorhandene Bestand zur Vertheilung gelangen, so steht ich auf dem Fundament des Staats. Der Finanzminister hat wohl diese Summe nur deshalb in den Etat eingestellt, weil er ein Bedürfnis anerkannt hat und diesem Bedürfnis wird von der Verwaltung nicht genügt.

Abg. Kropatschek: Trotz der Ausführungen des Regierungskommissars bin ich für die Annahme der Nr. 1 des Antrages Schmidt, werde aber die beiden anderen Nummern desselben ablehnen.

Abg. Grumbrecht: Die Frage bezüglich der Wohnungsgelder kann nur generell geregelt werden, weil eine Bemessung nach der Bedürfnisfrage eine zu präzise ist, da der Finanzminister sie Schwierigkeiten macht. Mir ist zwar der Antrag Schmidt nicht ganz sympathisch, aber ich werde für ihn stimmen, weil er doch den Anfang zur Abhilfe macht.

Finanzminister Bitter: Im Augenblick handelt es sich nur darum, ob der Fonds ohne Weiteres verwendet werden soll. Es wurde gefragt, ob es in den Etat eingestellt, folglich müsse er auch ausgezogen werden. Das ist nicht richtig. Wenn ein Fonds in den Etat eingestellt wird, so unterlegt er doch noch einer Prüfung. Die Schwierigkeiten gehen u. derartigen Fragen wohl vom Finanzminister aus. Der Finanzminister ist bei uns der geboorene Mitarbeiter aller Ressorts. Ich sehe aber mit meinen Kollegen auf dem Fuße der Verständigung nicht etwas zu hindern bin ich da, sondern um die Finanzgrundsätze aufrecht zu halten.

Hierauf wird Nr. 1 des Antrages Schmidt angenommen, Nr. 2 und 3 abgelehnt. Der Titel wird genehmigt.

In Titel 29 des Kapitel 121 sind 700,000 Mark ausgeworfen zu Ruhegehaltszuschüssen und zu Unterstützungen für emeritierte Elementarlehrer.

Hierzu liegen Anträge vor: 1) vom Abg. Dr. Kropatschek: „Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Sessjon den Entwurf eines Pensionsgesetzes für die Elementarlehrer vorzulegen;“ 2) vom Abg. Blaten: a) In dem Antrage des Abgeordneten Dr. Kropatschek „anstatt der Worte „eines Pensionsgesetzes“ zu setzen: „eines die Pensionen und Alterszulagen regelnden Gesetzes.“ b) Die Worte anzufügen: „und die zur Ausführung des qu. Gesetzes erforderlichen Mittel in den Etat für das Jahr 1883/84 einzustellen“ und 3) vom Abg. Dr. Bender: a) Im Antrage Dr. Kropatschek den Worten „den Entwurf eines Pensionsgesetzes für die Elementarlehrer vorzulegen“ hinzuzufügen: „durch welches denselben ein bestimmter, nach dem Diensteinkommen und dem Dienstalter zu bemessender Pensionsanspruch zuerkann wird.“ b) Im Kap. 121, Titel 29 des Etats des Kultusministeriums pro 1882/83 die Staatszuschüsse zu den Ruhegehaltern der Elementarlehrer soweit zu erhöhen, daß es möglich wird, schon in diesem Etatjahr allen emeritirten Volksschullehrer eine Pension von mindestens 600 M. jährlich zu gewähren.“ Die Budgetkommission beurteilt: diese Anträge mit Ausnahme der Ltr. b. des Antrages Bender der Staatsregierung als Material zu überweisen, leitere indessen abzulehnen. Der Kultusminister v. Gossler trat dem Kommissionsantrage bei, indem er dem Hause den Nachweis lieferte, wie viel für die Emeriten bereits geschehen und daß dieselben somit gegen Mangel geschützt seien. Das Haus beschloß nach dem Vorschlag der Budgetkommission.

Beim Kapitel 123, technisches Unterrichtswesen, speziell zum Titel 15, Zuschüsse zur Unterhaltung der Gewerbeschulen, erhält das Wort Abg. Sombart: Die Vorbildung auf den lateinlosen Realschulen ist eine einseitige, und diese Einseitigkeit, das Fehlen des allgemeinen Überblicks, tritt auch bei den später daraus hervorgehenden Staatsbeamten hervor. Zugleich läßt sich an der Hand statistischen Materials eine Überschwemmung der technischen Hochschulen nachweisen mit Elementen, denen die wissenschaftliche humanistische Gleichberechnung mit andern fehlt.

Reg.-Komm. Geh. Ober-Reg.-Rath Wehrenpfennig: Die angeführten Zahlen, aus denen eine Überschwemmung der technischen Hoch-

schulen durch die wenigen Gewerbeschulen folgen soll, sind Heils nicht richtig, und soweit sie richtig sind, ist der Schluß daraus nicht maßgebend. Eingründungen in die Architekturabteilung sind im Otto von Bismarck'schen Gymnasium 6, in die Bau- und Ingenieurabteilung 6. Sombart's Ansicht, daß die große Masse der Ingenieure und Architekten dagegen sei, daß aus dieser Schule ihre künftigen Kollegen ihre Ausbildung erhalten, ist nicht zutreffend. Die Schulen, welche Herr Sombart will, haben wir in den Baugewerbeschulen.

Abg. Holze: Es knüpft sich an die Gewährung der Zuschüsse an Gewerbeschulen seitens der Regierung so harde Bedingungen, daß sie vielfach als Danae geschenkt betrachtet werden können.

Abg. Berger: Die Kommunen sind nur in sicherer Erwartung der Versprechenserfüllung mit der Errichtung lateinloser Schulen vorgegangen. Es sollten ihre Berechtigungen besser nicht eingeschränkt, sondern vielmehr erweitert werden.

Geh. Rath Wehrenpfennig: Ich bin von dem Minister beauftragt, zu erklären, daß die Unterrichtsverwaltung in keiner Weise ihre Hand dazu dienen wird, die den jetzigen Gewerbeschulen, die später Oberrealschulen heißen werden, zuerlaubt Berechtigungen zu schmälern, daß vielmehr der Minister, soweit seine Stimme dabei in Betracht kommt, für die Erweiterung der jetzigen Berechtigungen eintritt werde.

Bei Titel 48 spricht Abg. Gaertner der Verwaltung des Kunstgewerbe-Museums seine volle Anerkennung aus und glaubt, daß die Zuschüsse für dieses Institut zum Zweck größerer Anschaffungen vermehrt werden müssen; Reduer wünscht ferner, daß die indische Ausstellung auch während des Sommers dem Museum verbleiben möchte.

Geh. Rath Küderns: Die Regierung wird einen Vorschlag auf Erhöhung der Mittel dem Hause unterbreiten.

Hierauf verläßt das Hause um 4 Uhr die weitere Beratung auf Abends 8 Uhr.

#### Abendssitzung.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min.

Am Ministerisch: Kultusminister von Gossler und 11 Kommissare.

Die Beratung über den Etat des Kultusministeriums wird fortgesetzt und zwar bei Kapitel 124 (Kultus und Unterricht gemeinsam).

Abg. Bachem geht noch einmal auf die Verhältnisse des Religions-Unterrichts in den Volkschulen näher ein und beklagt namentlich die ungleichmäßige Behandlung der Katholiken bezüglich der Schulaufsicht.

Abg. Stroffer bespricht sehr eingehend die Dotations-Verhältnisse der katholischen und evangelischen Kirche, die er als völlig gleichmäßige bezeichnet.

Abg. Dr. Franz hält an seiner früheren Aussöhnung von einer ungleichmäßigen Dotirung der beiden Kirchen fest.

Kapitel 124 wird genehmigt.

Bei Kapitel 125 „Medizinalweisen“ fragt Abg. Dr. Thilenius, wie es mit der Reform des Medizinalweisen stehe. Ein Biehsehengesetz gebe es, um Menschenleben aber kümmere sich Niemand.

Minister v. Gossler erwähnte, daß das Ministerium mitten in der Reformarbeit sich befindet; letzter handle es sich dabei auch um Finanzfragen.

Abg. v. Heerenman besprach sehr eingehend die Thätigkeit der Krankenpflegeorden und beklagte deren Besetzung.

Der Kultusminister erwähnte, daß die Klagen nicht am Platze seien, da die Regierung durchaus nicht geneigt sei, die Orden zu vertreten.

Abg. v. Schorlemmer-Alst unterstützte die Klagen; es sei noch immer dieselbe Faden, der fortgesponnen werde, nur eine andere Nummer.

Kap. 125 wird genehmigt, desgleichen Kap. 126 (Allgemeine Fonds).

Entgegen dem Vorschlage der Kommission, welche die Position gestrichen hat, beantragt Abg. Graf Clairon d'Haußonville zur Errichtung eines neuen Gymnasiums in Nachen-Burtscheid 178,000 Mark zu bewilligen.

Der Antrag wird nach längerer Debatte angenommen.

Die übrigen Positionen werden nach den Beschlüssen der Budget-Kommission genehmigt.

Damit ist die Beratung des Etats beendet.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Beratung des Etats.

Schluss 12<sup>3/4</sup> Uhr.

#### Deutschland.

\* Berlin, 20. März. Die „Germania“ droht neuerdings immer häufiger mit der Trennung der Kirche vom Staat, falls der Friede nicht auf einer Basis, welche der „Germania“ annehmbar erscheint, zu Stande komme. Darauf ist doch wohl zu bemerken, daß die „Germania“ doch allerhöchstens legitimirt ist, die Lösung des Bandes zwischen dem Staat und der römisch-katholischen Kirche zu fordern. Diese Lösung würde aber bedeuten, daß alle Staatsleistungen für den katholischen Kultus aufhören würden, desgleichen aller staatlicher und gesetzlicher Schutz und daß aus dem Religionsunterricht der Schule der konfessionelle katholische Unterricht verschwinden. Der Organismus der römischen Kirche würde für den Staat nur noch unter dem Gesichtspunkte der Vereinspolizei in Betracht kommen.

Es ist freilich kaum nötig, zu bemerken, daß die Zustimmung zu solchem Antrage, wenn er jemals im Abgeordnetenhaus zum Beschluß erhoben

würde, seitens der preußischen Staatsregierung eine Unmöglichkeit ist. Es ist auch mindestens im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß eine irgend ansehnliche Zahl von Mitgliedern der Zentralspartei einen solchen Gedanken jemals befürworten und parlamentarisch verfolgen könnte. Um so fremdlicher erscheint eine Polemik, welche die Wiene annimmt, diesen Gedanken als eine ernste Möglichkeit zu behandeln. Die „Germania“ spricht sogar, für den Fall, daß die Trennung der Kirche vom Staat nicht durchgeführt würde, von einer Kirche der Kataomben, während doch der Vergleich der heutigen Zustände der katholischen Kirche mit denen zur Zeit der dialettanischen Verfolgung längst bei Seite gelegt worden. Das Blatt scheint Politik auf eigene Hand, ohne Führung mit irgend einer einflussreichen Stelle, und zwar eine Politik frankhafter Leidenschaftlichkeit, zu treiben.

Berlin, 20. März. Es bleibt also bis auf Weiteres noch beim Alten. Die österreichische Regierung annimmt die okkupirten Provinzen vorläufig nicht und die orientalische Frage wird nicht von Neuem „ausgerollt“. So wenigstens läßt die österreichische Regierung wiederhol auf's Bestimmteste verschären. Wir müssen dieser Erklärung Glauben schenken und können über dieselbe nur Genugthung empfinden, denn ein gewagter, der Frieden Europa noch mehr gefährdender Schritt als der in Neben siebende dürfte im Augenblitc wohl kaum möglich gewesen sein. Das freilich der Gedanke an einen solchen bestanden hat, ist wohl anzunehmen.

Man wollte indessen zuerst wohl nur seine Wirkung auf die anderen Mächte prüfen und ließ daher die jetzt demontirte Nachricht als einen Fälscher in die Öffentlichkeit gelangen; bekanntlich eine probate diplomatische Methode, durch die man in der Regel die gewünschte Klarheit erlangt, ohne amtlich sich engagiert zu haben.

Von dieser Seite betrachtet, zeigt demgemäß die Situation im Orient einstweilen eine friedliche Physiognomie. Dafür erscheinen die Zustände in den dem Insurrektionengebiete benachbarten Staaten um so ernster. Das Montenegro der Verfassung, auf dem Schlachtfelde neu vorberen zu pfänden, kaum noch widerstehen kann, scheint unzweifelhaft zu sein. Der montenegrinische Minister des Auswärtigen, Stefan Radonic, weilt gegenwärtig in St Petersburg, um, wie man annimmt, sich dort die erforderlichen Nachschläge und Instruktionen, vielleicht auch Anweisungen auf russische Kassen zuholen. Fallen diese nach Wunsch aus, so wird wohl die Enthaltsamkeit der Söhne des „Schwarzen Berges“ ihr Ende erreicht haben.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Kame die Partei der Slaven und Radikalen an die Regierung, die von Risticev, dem früheren langjährigen Leiter der Regierung, geführt wird und in Russland ihren Rückhalt sucht, so würde die in jener Rangenhöhung zu findende Gewähr des Friedens sich in eitel Dunst verschränken, weil sie nichts Eiligeres zu thun haben würde, als Serbien in den slavischen Aufstand zu verwickeln und damit den Brand der Aufklärung über das ganze nördliche Balkangebiet zu verbreiten.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte. Diese vielleicht mehr von den Nachsichten der Kurtoffste und dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens als der nüchternen Prüfung der Thatsachen eingegebene Hoffnung behält so lange ihre halbfälschliche Begründung, als ein friedlich gebliebtes Ministerium die Macht in Händen behält.

Nicht minder aufmerksam muß auch die Situation in Serbien verfolgt werden. Vor wenigen Tagen noch ist aus einem Glückrunztelegramm des Kaisers Wilhelm an den neuen König die Bemerkung zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt, daß der Kaiser die Erhebung Serbiens zum Königreich als eine weitere Bürgschaft für die Sicherung des Friedens betrachte



